

16.11.2011 - 17:35 Uhr

Media Service: Moritz Leuenberger befürwortet Regelung bei Seitenwechsel

Zürich (ots) -

Finma-Vizepräsident Daniel Zuberbühler hat eine politische Diskussion neu entfacht. Mit seinem Seitenwechsel zur Beratergesellschaft KPMG erhält die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung zusätzlich Gewicht. Top-Kader aus der Verwaltung, vor allem aber Bundesräte, sollten erst nach einer Wartefrist bezahlte Mandate übernehmen. SP und SVP forderten dies im Zusammenhang mit Moritz Leuenberger. Als er kurz nach seinem Rücktritt als Bundesrat bekannt gab, er nehme ein VR-Mandat beim Baukonzern Implenia an, stiess dies auf harsche Kritik. Heute würde Leuenberger eine gesetzliche Regelung begrüßen. «Dann kann die öffentliche Empörung nicht mehr willkürlich geschürt werden», wie er gegenüber der «Handelszeitung» sagt. Die Aufregung um seinen Wechsel habe es nur gegeben, weil er in der SP sei. Bei anderen Bundesräten, die nach ihrem Rücktritt VR-Mandate übernommen hätten, sei dies nicht der Fall gewesen. Leuenberger hält sein VR-Mandat bei Implenia für unproblematisch. Er sei wegen der Nachhaltigkeit in das Unternehmen berufen worden. «Ich hatte schon als Bundesrat diesbezüglich politische Verantwortung der Wirtschaft gefordert, und gerade deswegen empfinde ich die neue berufliche Tätigkeit nicht als Seitenwechsel, denn unsere Bemühungen um eine nachhaltige Strategie liegen voll auf der bundesrätlichen Linie.»

Kontakt:

Nähere Auskunft erhalten Sie unter Tel: 043 444 59 00

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100708249> abgerufen werden.